

Die Gefahr in der Masseneinwanderungsinitiative

Politische Linke



Analyse:

Die Personenfreizügigkeit führt mitunter zu Lohndumping, Dichtestress, Problemen auf dem Wohnungsmarkt, etc. Diese Probleme beruhen aber nicht primär auf der Zuwanderung, sondern noch stärker auf innenpolitischen Gegebenheiten wie z.B. einem unzureichenden Arbeitnehmerschutz, fehlenden Mindestlöhnen, etc.

Forderungen:

flankierende Massnahmen ausbauen, Arbeitnehmerschutz verstärken, Mindestlöhne, verdichtetes Bauen, Genossenschaftliches Wohnen fördern.

Sündenbock / Schuldiger:

bislang kein Eindeutiger (ausser Abzocker, etc.). Aber wehe, wenn die fremdenfeindliche Propaganda der SVP auf empfänglichen Boden fällt...

Parole: NEIN

Politische Mitte und Wirtschaftverbände



Analyse:

Die Personenfreizügigkeit führt mitunter zu Lohndumping, Dichtestress, Problemen auf dem Wohnungsmarkt, etc. Die Menschen in der Schweiz haben Angst davor und wir müssen diese Ängste ernst nehmen. Dabei läuft eigentlich alles supertoll für uns und wir bekommen jederzeit die billigen Arbeitskräfte, die wir benötigen. Dadurch geht es der CH-Wirtschaft gut und das soll so bleiben. Deshalb: bewährte Bilaterale!

Forderungen:

Alles soll so weitergehen wie bisher. Über flankierende Massnahmen kann man ein bisschen reden, aber lieber nicht zu viel, denn der Markt wirds für uns schon richten.

Sündenbock / Schuldiger:

nicht nötig.

Parole: NEIN

SVP



Analyse:

Die Personenfreizügigkeit führt zu Zuwanderung und die ist alleine verantwortlich für Lohndumping, Dichtestress, Problemen auf dem Wohnungsmarkt, etc. Zitat Blocher: «Sie können alle Probleme, die wir jetzt haben im Lande darauf zurückführen. Platzmangel, Wohnungsmangel, Lohndruck, die Schulprobleme, Spitäler und so weiter. Es platzt alles aus den Nähten und wir müssen wieder die Ausländerpolitik selber regulieren können.»

Forderungen:

zurück zur Kontingentspolitik, FZA kündigen, bilateralen Weg aufheben, «schleichenden EU-Beitritt verhindern», Zuwanderung massiv bremsen.

Sündenbock / Schuldige:

AusländerInnen und Zuwanderer sind Schuld an allem! (Fremdenfeindlich)

Parole: JA

SOSF empfiehlt

Auch wenn sich die Problemanalyse zwischen links und rechts vermeintlich ein Stück weit deckt - am 9. Februar geht es um eine **klassische Sündenbockinitiative**, die eindeutig fremdenfeindlich motiviert ist. Bei einem JA müssten das FZA und gemäss Guillotine-Klausel die Bilateralen gekündigt werden. Dies ist nicht einmal im Sinne der SVP, als VertreterIn einer Steueroasen- und ungebremsten Kapitalzuflusspolitik. Die Personenfreizügigkeit ist im Grundrechtskern als Chance und Möglichkeit zu verstehen - und nicht als Zwang, wie dies auch auf linker Seite teilweise zu hören ist. Gegen Lohndumping helfen Arbeitgeberkontrollen und Gesamtarbeitsverträge, gegen Wohnungsknappheit verdichtetes Bauen. Die Masseneinwanderungsinitiative zeichnet sich aber vor allem durch zwei Merkmale aus: sie ist **assozial und fremdenfeindlich**.

NEIN ZU FREMDENFEINDLICHKEIT AM 9. FEBRUAR



Solidarité sans frontières